



Wirkungsmitteln des Profetariat, weil sie den Stog des Sozialismus als ein in weiter Ferne liegendes Ideal ansah, von dem man im besten Falle träumen dürfte. Der Sozialismus war für sie nicht eine Sache des Willens, sondern höchstens eine Sache des Hoffens. Sie tat nichts, um die Geburtswehen einer neuen Zeit zu werden, sondern sie begnügte sich damit, Reformen der kapitalistischen Gesellschaft anzustreben und damit letzten Endes die Herrschaft der alten Gewalten zu befestigen.

Es sieht so aus, als ob nach dem Rapp-Bußch, der nur durch das Verlangen ihrer Vertreter in der Regierung möglich wurde, ein gewisser Umschwung bei ihr Platz gegriffen habe. Aber nach allem, was wir erlebten, sind wir voller Misstrauen gegen die Führung. Wir können uns des Gefühls nicht entlocken, daß ihr neuerwachte Sozialismus nur eine Verbeugung vor den Massen ist, die man bei der Stange halten will. Worte vermögen uns nicht zu beruhigen, wir müssen Taten sehen. Herr Roske ist nicht mehr Reichswehrminister. Aber er ist noch wie vor ein maßgebendes und einflussreiches Mitglied der Partei. Er darf es wagen, statt auf dem Arm- und Handbänken des Ansehens zu sitzen als Ankläger aufzutreten, und Scheidemann und einige andere Verfahren in ihrer Kritik an seinem Verhalten sehr läubertlich mit diesem Ansehen abzulassen. Das ist ein Symptom, das unsere lebhaften Bedenken bestärken muß, und alle Reden und Resolutionen, in denen der Kampf gegen rechts gefordert wird, können unsere Zweifel nicht erlöschen.

Gewiß, man strebt eine sozialdemokratische Mehrheit im Reichstag an, aber was dann, wenn dieses Ziel nicht erreicht wird? Man bleibt uns eine klare Antwort auf diese Frage schuldig, ob dann wieder unter Schimpfen auf Unabgängige und Kommunisten die alte Koalition erneuert werden soll. Und wie es auch kommen mag, die Anhänger Scheidemanns halten auf jeden Fall an ihrem Glauben an die rettende Kraft des Parlamentarismus fest und lehnen den Gedanken der Diktatur des Proletariats als eine Sünde wider den heiligen Geist der Demokratie ab.

Unter diesen Umständen gibt es keine Linie, auf der wir uns mit ihnen finden können, und wenn wir trotzdem ausweichlich an die Einigung glauben, so bestimmen uns nicht die Aussichten auf die Möglichkeit einer Verständigung von Partei zu Partei, sondern die Hoffnung, daß das Proletariat sich auf unserem Boden zusammenfindet. Nur im entschlossenen Kampf gegen den Kapitalismus wird die Arbeiterkraft zu ihrer Einheit gelangen. Vor allem aber gilt es jetzt, den Willen zu diesem Kampf zu beleben, und das ist nur in einer Partei möglich, die zwischen sich und die Bourgeoisie eine unverwundbare Linie zieht. Den Kampfwillen zu entfachen und ihm seine Riele zu geben, betrachten wir auch als unsere vornehmste Aufgabe in der Wahlkampagne. Wir nehmen die Front gegen die Reaktion, aber wir können nicht darauf verzichten, uns dabei auch wider die Politik der Rechtssozialisten zu wenden, die die im November 1918 niedergeworfenen Gewalten erneut hat zu Kraft und Einfluß kommen lassen.

## Ausnahmezustand und Pressenebelung.

Nur noch wenige Wochen scheiden uns von den Reichstagswahlen. Schärfste politische Gegensätze trennen das Volk, wozu in den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Gesellschaftsordnung und auf die Spitze getrieben durch den gegenrevolutionären Putsch der Rapp-Lüttich und Genossen. Die Republik ist ihm noch nicht zum Opfer gefallen; dafür aber behängen reaktionäre Justizbehörden die verurteilten und auf kapitalistisch-bourgeois Interessen zugeschnittene Strafverfolgungsprozesse, um Tausende von Arbeitern, die gegen die Kappisten die Waffen erhoben hatten, einzuferkern und unter nichtigen Vorwänden unter Anklage des Landfriedensbruchs und unerlaubten Waffentragens zu stellen.

Die militärischen Verbrecher aber laufen zum größten Teile noch frei im Lande herum, sitzen noch wie vor auf ihren militärischen Posten oder hatten genügend Zeit und Gelegenheit, sich ins Ausland zu flüchten.

Anstatt daß nun die Regierung jeden Fingerzeig dankbar benütze, der Anlaß zur Einleitung von Strafverfolgungen kapitalistisch Verdächtigter geben könnte, läßt sie es zu, daß die Organe der U. S. W. D., die an den Schandtat von Reichswehrtreibern und ihrer Führer Kritik übten, verboten oder unter Vorzensur gestellt werden.

Unserem Parteiblatt in Pels, dem „Volkboten“, ging unterm 1. Mai — ausgerechnet — vom Pressendienst beim Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, der ebenfalls deren Reichskommissar und militärischer Oberbefehlshaber ist, sowie identisch mit dem Rechtssozialisten Hürsina berücksichtigten schließlichen Angebens, ein Schreiben zu, das folgendermaßen lautet:

„In Ihrer Nummer 93 bringen Sie eine Notiz über die Dienstübernahme des Generalleutnants Watter: „Der Hochverräter Watter entlassen.“ Auf Veranlassung des Reichsregierungskommissars und Oberpräsidenten Hürsina möchte ich die verantwortlichen Herren Ihrer Zeitung freundlichst darauf aufmerksam machen, sich eines derartig beherrschenden Tones, wie er in diesem Artikel zum Ausdruck kommt, noch möglichst zu enthalten. Der Herr Oberpräsident weiß ganz genau, ebenso wie der Herr Oberpräsident, daß in der Bezeichnung „Hochverräter“ eine Verunglimpfung und Entstellung der Tatsachen liegt. Eine solche Schreibweise, wie sie in der letzten Zeit vor Ihrem Blatte beäugt wird, trägt wesentlich dazu bei, die durch die letzten Vorgänge erzeugten Gemüter zu beruhigen, sondern liefert nur neuen Brandstoff für die unheilvollen Massen.

Der Herr Regierungskommissar ist weit davon entfernt, die Unbefugtheit, aus für den „Volkboten“, in irgendeiner Weise anzudeuten, er läßt aber bei leitenden Stellen doch auf das Entschiedenste nachzusehen, sich in der Haltung der politischen Artikel und Notizen eine gewisse Reserve aufzuerlegen und nicht in diesem unbedeutendlichen herberischen Tone zu schreiben.

Es lassen sich Vorgänge, die sich in den Massen der verschiedenen Kreise und verschiedenen Parteien, in ruhig und doch energischem Tone schreiben, wenn man der Ansicht ist, der Wahrheit zu dienen.

Der Herr Regierungskommissar erwartet, daß sie sich keinen Anstößigen Beeinträchtigungen nicht unzugänglich zeigen werden, da-

mit er zu seinem größten Bedauern nicht gestungen ist, den „Volkboten“ unter Vorzensur zu stellen.  
Mit ergebenster Hochachtung  
Burgbard.

Zu diesem Schreiben ist zu bemerken: Die eigenen Parteigenossen des Herrn Hürsina in Weisalen — u. a. Herr Osterroth, M. d. R. — können mit Material über Herrn Watter dienen, selbst der „Vorwärts“ registrierte seinen Abgang mit den Worten: „Endlich nur zu spät!“. Fest steht, daß Herr von Watter am 15. März Herrn Lüttich sein Bedauern aussprach, daß er ihm nicht mehr zu Hilfe kommen könne, fest steht, daß Herr von Watter am 15. März die monarchistisch-rechten Lager in Richtung und Schluß mit schwarz-weiß-roten Fasern ins Ruhrgebiet einmarschieren ließ, fest steht, daß Watter mit seinen ultimativen Ausführungsbestimmungen zur Bielefelder Abkommen sich im offenen Gegensatz zur Reichsregierung stellte, veröffentlicht sind verschiedene Briefe des Majors Lüttich, die deutlich Watters Kenntnis von der reaktionären Verschwörung beweisen, und fest steht endlich, daß Herr von Watter pensioniert wurde!

Wie kommt der Magdeburger Oberpräsident und „Sozialdemokrat“ dazu, die Partei dieses offenbar Hochverräter zu ergreifen? Was sieht ihn an, um der Interessen eines Privatmannes willen der von Watter jetzt ist, den Amtschimmel in Bewegung zu setzen und einer Zeitung die Verhängung der Vorzensur anzudrohen? Oder handelt er im Auftrag der Reichsregierung die Herrn von Watter für einen ihrer treuen Hündchen erklärte und keinen Zweifel daran aufkommen lassen will?

Und schließlich noch eine Frage: Wer ist dieser Burgbard, der das Schreiben an den „Volkboten“ unterzeichnet hat? Ist es derselbe Mann, dessen Tätigkeit in Obersachsen noch in den besten Erinnerungen steht, der an der Spitze der „Deutschen Vereinigung“ stand und neben Herrn Hürsina die Hauptrolle für die verfahrenen Zustände in Obersachsen trug?

## Die „Auflösung“ der Marinebrigade Ehrhardt.

Der Reichswehrminister, der vor einiger Zeit mit großem Pathos erklärt hat, er werde die Marinebrigade Ehrhardt wenn nötig mit Gewalt auflösen, läßt bisher noch jeden Mut dazu vermissen. Die Nachrichten, daß er die Brigade nach dem System des Hauptmanns Schandke anzuauflösen gedenkt, sie also in alle Ewigkeit beibehalten sich bemüht, werden bestätigt. Der Reichswehrminister will durch das verlockende Angebot der Ansiedlung die Brigade kooptieren und so ganz allmählich zu ihrer Auflösung gelangen. Um seinen fehlenden Mut zur gewalttätigen Auflösung zu verbergen, verhängt er sich hinter der Fassade, daß es aus politischen Gründen eine sehr zweifelhafte Angelegenheit sei, mitten im Wahlkampf gewaltsam gegen die Brigade vorzugehen. Inzwischen sendet die Brigade ihre Werber in alle Welt und vernebelt sich von Tag zu Tag. Die „Berliner Volkszeitung“ konnte in ihrer Morgenausgabe vom 7. Mai mitteilen, daß im Wartesaal der III Klasse auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein Unteroffizier Raberaer von der 8. Kompanie der 4. Marinebrigade aus dem Munsterlager für keine Brigade Mannschaften anwarb. Er hatte genügend Blankoformulare zur Erlangung von Militärjahrskarten bei sich, die von der 4. Marinebrigade unterstempelt und von dem Kompaniechef Leutnant Jordan unterzeichnet waren. Dieser Vorfall zeigt aufs Klarste, wie der Herr Reichswehrminister sich die Auflösung der Marinebrigade vorstellt.

Die Sonderkorrespondentin der „Daily News“, Frau Stanhardinge, die einige Tage im Munsterlager gewesen ist, erzählt erstaunliche Neuigkeiten, die Herr Schuler der „Deutschen Freiheit“ bisher mitunterlassen vergessen hat. Danach ist der Kapitän Ehrhardt vorläufig durch den General Behrendt ersetzt worden. Dieser hat die Aufgabe, die Marinebrigade in eine neue Marineformation umzuwandeln, die die Bezeichnung „der Schiffskamm“ trägt. Alle Leute, die in diese neue Formation übernommen werden, werden zuerst aus der Brigade Ehrhardt entlassen und beurlaubt. Sie erhalten bis zum 10. Juli die völlige Lösung von Seiten der Marinebrigade und eine Ex-gratia für die Monate Januar bis Mai. So sieht also die „Auflösung“ der Meuterertruppe aus!

## Neue Gewaltakte der Ehrhardt-Leute.

Aus Münster geht uns folgender Bericht über Gewaltaktionen der unter Ehrhardt vereinigten Baltikum- und Reichswehrbanditen zu:

Am 29. April drang eine Patrouille von etwa 20 bis an die Bahnhofsmauern Ehrhardt, Banditen in die Wohnung des Hotelbesizers Otto Jahnholz und verhaftete ihn ohne Grund. Am 30. April wurde der Salzförer Oskar Hoberg im Café Weinmann ohne Grund von der total betrunkene Soldatella furchbar verhaßt. Am 1. Mai wurde der Demonstration der rechtssozialistischen Arbeiter, schaf, Munster auf das unflügigste beschloß, und als die Arbeiterkraft sich nicht provozieren ließ, verfuhr, dem zum Bahnhof gehenden Zug die rote Fahne zu entziehen, was vereist nicht gelang. Als sich dann der Demonstrationzug vom Bahnhof mit dem von Hannover eintrafenden Rabner, Professor Oster, zum Festakt in Bewegung setzte, drangen unter Führung des Leutnants Müller etwa 30 mit Gewehr, Pistolen und Gummiknäpeln Bewaffnete auf den Zug der Arbeiter ein und ergaßen unter Mißhandlungen die Wutentladung der Fahne. Von der Fahne blieben nur Fetzen übrig. Nachdem an der Mühlenteichbrücke eine andere Horde dieser bewaffneten Ehrhardt-Brigade Teilnehmer des Arbeiterzuges mit Schlägen bearbeitet und den Träger einer positiven Fahne gezwungen haben, seine Fahne in den Wägen zu werfen, wurde dann vor dem Hotel „Deutsches Haus“ der Professor Oster von einer dritten Horde verhaftet und unter schweren Mißhandlungen zum Lager-Arresthaus gebracht. Die republikanischen Arbeiterkommissionen sahen ehehem Interesse an, wie bei ähnlichen Vorfällen am 26. und 27. Januar d. J., mit einer gewissen Verwundung zu.

Esch und weiter ist, daß Ehrhardt, der mit seiner Frau bei dem Gutsbesitzer Rabner wohnt, am 10. April im Vorfeld Munster, also noch entfernt vom Truppenlager, vor dem baltischen Kriegstrafakt eine große Parade abhielt. Ein Kriegsheldes Infanterie, 3 Kavallerie, 2 Infanterie, 1000 Mann, 1000 Mann und sechs leichte Maschinengewehrkompanien, drei Rhein-

werferzüge, drei Panzerautos, eine Eskadron Kavallerie, das 11. die Kavallerie, die Ehrhardt von hier weichen zu erschaffen in aller Öffentlichkeit und mit wehenden Fahnen, die nicht ganz rot, aber unbeschreiblich dunkel sind, vorführte. Kein Arbeiter dachte auch nur daran, diesen Stand zu säubern, stetig es abgemessen bekannt ist, daß die Brigade entweder nach Sommer, Sachsen (Schuß gegen Aburteilung der Kriegsverbrecher) oder Ungarn soll. Ebenso allgemein bekannt ist es, daß die Brigade im „Rustenerlager“ bei den Baracken 16, 17 und 18 große Mengen von Munition aller Art verbergen hat. Nur den amtlichen Stellen ist davon nichts bekannt.

Die Regierung ist infolge ihrer jämmerlichen Unentschiedenheit gegenüber jeder Reaktion völlig machtlos. Die Ehrhardt-Brigade, die befehlsgemäß längst hätte entwaffnet sein müssen, macht, was ihr beliebt. Sie verhaftet und verbannt friedliche Bürger, veranstaltet Paradedeserte und tanzt der Regierung auf der Nase herum. Ehrhardt läßt sich und seine Soldaten nicht entwaffnen. Andere Militärs sind eifrig dabei, ihren Racheplänen gegen die Arbeiter weitere Stützpunkte zu verschaffen. Sie haben die Regierung bereits gezwungen, das Bielefelder Abkommen zu brechen. Minister Severing mußte im Reichstage erklären, die Regierung könne ihr Wort nicht halten, die Reichswehr markiere trotz des Bielefelder Abkommens in die Gebiete südlich der Ruhr. Es wiederholt sich daselbe Spiel, wie vor dem Rapp-Bußch. Die Militärs entziehen der Regierung die öffentliche Gewalt. Die Regierung läßt es geschehen, bis sie eines Tages wieder dabongesagt wird!

## Was Kapitän Ehrhardt erzählt.

In der Unterredung mit der Korrespondentin der „Daily News“, die oben erwähnt ist, hat sich Herr Ehrhardt auf die Frage, welcher Ursache er das Mißlingen des Rapp-Bußches zuschreibe, folgendermaßen geäußert:

„Nicht dem Generalstreik, sondern den zünftigen sächsischen Unterstaatssekretäre, denen es gelungen war, einen Streik der Regierungsbewachen herbeizuführen und so die Staatsmaschine lahmzulegen. Wir haben es unterlassen, diese Unterstaatssekretäre zu erschließen, ein bedauerliches Versehen! Die Freiheit des Bürgerrechts ist ebenso verhängnisvoll für unseren Erfolg. Die Bürgerlichen waren zwar über unseren Putsch entsetzt, blieben aber zu Hause und wuschen ihre Hände in Unschuld, anstatt offen herbeizugreifen und uns zu helfen.“

Dem Generalstreik meinte der Kapitän, daß eine Regierung, die eine starke Militärmacht hinter sich hätte, durch den Generalstreik nicht bezwungen werden könnte. Herr Ehrhardt fährt weiter aus:

„Das Militär muß die Ordnung aufrecht erhalten und Veränderungen verhindern, und die Regierung muß somit Kerren haben, einmal 10 000 Menschen im nördlichen Berlin Hunger sterben zu lassen, dann wird das Volk für eine Welle wohl keinen zweiten Generalstreik unternehmen.“

Wird nun endlich die Regierung, wird endlich der Reichswehrminister seine Zurückhaltung gegen Kapitän Ehrhardt aufgeben, die Meutererbrigade auflösen und überhaupt diesen unmöglichen Zuständen ein Ende machen?

## Wahlkorruption.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht ein Schreiben aus der Zentrale für Heimatsdienst, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird. Es wird darin Kenntnis davon gegeben, daß der Heimatsdienst Mitteilungen verleihe, durch die mit allen Mitteln zur Stärkung des Koalitionsgedankens beigetragen werden soll. Eine der Hauptaufgaben des Heimatsdienstes sei, mit Hilfe der Parteiorganisationen dieses Ziel zu erreichen. Am 29. April habe im Dienstgebäude der Reichszentrale für Heimatsdienst eine gründliche Debatte stattgefunden, an der auch eine Vertreterin des Zentrums teilgenommen habe.

Unter den Augen der Regierung wird also eine unerhörte Beeinflussung der Wähler zugunsten der Koalitionsparteien getrieben. Wir verlangen, daß diesem Skandal sofort ein Ende gemacht wird. Wir haben zwar eine Parteiregierung, aber die Regierungsparteien sind nicht befugt, aus öffentlichen Geldern die Mittel für ihre Wahlpropaganda zu beschaffen. Freilich sind nicht allein die Rechtssozialisten die Korrumpierer des Reichs, auch die Demokraten und das Zentrum beteiligen sich an dieser Korruption.

## Die Regierung und der Verlauf der „D. N. Z.“

Berlin, 7. Mai. Amtlich.

Der Verkauf der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, in welcher die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint, ist der Reichsregierung am Mittwoch mittag bekanntgegeben worden. Sie hat sofort die Nachprüfung der rechtlichen Unterlagen ihres Verhältnisses zu dem bisher halbamtlichen Blatt angeordnet. Gleichzeitig ist ihr von dem neuen Besitzer die Mitteilung zugegangen, daß er bis zum Abschluß der Wahlen keinerlei Veränderungen in der Zusammensetzung der Redaktion oder in der politischen Haltung des Blattes eintreten lassen werde. Die Ergebnisse der rechtlichen und politischen Nachprüfung werden demnächst mitgeteilt werden.

Das Kirchenstrittigkeitsgesetz. Der Reichsausschuß der Landesversammlung beziet das Kirchenstrittigkeitsgesetz, erließte jedoch nur die amtlichen Notizen eingehend durch Reichsminister. Es wurde eine Ermögung für die Eingabe, wie sie früher behandelt hat. Der Ausschuss aus der Landeskirche geliebt wie früher durch Erklärung vor dem Ausschuss. Die kirchlichen Wirkungen des Kirchenstrittigkeitsgesetzes sollen erst nach Ablauf eines Jahres, bei außerordentlichen Umständen unter Umständen sogar erst nach Ablauf des zweiten Jahres eintreten.

Ein Generalstaatsanwalt als Hochverräter. Rechtssozialistische Abgeordnete haben in der preussischen Landesversammlung die keine Anfrage eingebracht, ob der Regierung bekannt sei, daß der Generalstaatsanwalt Bläseke amtlich des Rapp-Bußches die ihm unterstellten Beamten der Staatsanwaltschaften aufgefördert habe, im Interesse des Vaterlandes weiterzuarbeiten; und dieser Aufforderung Folge zu leisten, sie entspreche auch „einem Artikel des Reichsgrundgesetzes“?

Die Gemeinde- und Kreisverordneten im Generalstabs sollen nach einer Bekanntmachung der Reichsministerkommission in gleicher Angelegenheit unmittelbar um abnehmer Verhältnissen, spätestens am 20. Mai erfolgen.

## Die Internationale der Kriegsteilnehmer.

Aus Genf wird uns geschrieben:  
Sie ist Wirklichkeit geworden, die Internationale derer, die fünf Jahre lang gegeneinander gewütet haben auf Geheiß der Kapitalisten aller Länder und ihrer Jubalier, auf das Geheiß der Stinnes, der Lubendorfs, der Oberls und der Seidelmänner, der Fohs, der Debonais, der Millierands, Thomas', Renaudels, der Pittis, der Lloyd Georges und Hendersons — die Internationale der Kriegsteilnehmer.

Einer Einladung von Henri Barbusse folgend, waren am 1. Mai in Genf die Vertreter der verschiedensten Organisationen der Kriegsbeteiligten und Kriegsteilnehmer aus Deutschland, Estland, Belgien, Frankreich, England und Holland zusammengelassen, um sich die Hände zu reichen, die sie nie wieder gegeneinander erheben wollen. Den österreichischen sowie russischen Vertretern war der Eintritt in die freie Schweiz verweigert worden.

Eröffnet wurde der Kongreß durch das von heiligem Feuer durchglühende und vom Geiste des internationalen Sozialismus getragene Bekenntnis von Henri Barbusse.

Wie mit einem feinen geschliffenen Regen durchdringt er die nationalen Phrasen, die überall die gleichen sind, zeigte ihre innere Unverträglichkeit und Hohlheit, er wies aber auch zugleich den Weg, den die Internationale der Kriegsteilnehmer gehen muß.

„Man spricht vom Vaterland“, so führte er aus, „auch wir sprechen vom Vaterland, aber das unsrige ist ein anderes, nicht eine gepanzerte Festung nach außen, zum Schutze der Klassen, sondern im Innern. Unser Vaterland hat keine anderen Grenzen, als der Horizont, als die Natur und der menschliche Geist. Unser Vaterland ist viel zu groß, als daß es die anderen verstehen könnten.“

Wir wissen, daß die Nationen von heute nicht sind, als Krümmelstücke der Menschheit. Sie sind nur Erdklümpchen unter dem gewaltigen Himmel, deren Handlanger die Reichen des Streites und der Herrschaft der Jahrhunderte tragen. Diese Staaten können nur bestehen durch militärische Macht und geistige Diplomatie, unehrliche Konkurrenz, Falsch und Lüge. Sie sind eine tragisch lächerliche Mißgeburt, eine künstliche Zusammenfassung von Herren und Sklaven. Die „nationalen“ Herrscher, sie wissen sich zu verhängen über die Länder hinweg und ihren Nutzen auf Kosten der Unterdrückten herauszuschlagen. Gerade diese bestialische Einrichtung verwerfen wir. Wir sagen, daß die politischen Interessen der Herren genau so überall die gleichen sind, wie die gemeinsamen Interessen des Proletariats.

Alle Völker haben den natürlichen Drang zu Vereinigung. Nur in einem großen, die ganze Welt umspannenden „Vaterland“ gibt es ein wirkliches freies Spiel der Kräfte und damit die Harmonie, die den Frieden ermöglicht. Die Idee der „Nation“ ist eine vorübergehende Erscheinung in der Entwicklung der Menschheit.

Man sagt uns „arbeitet, um die Zivilisation zu retten“, d. h. die Reichen wieder reich zu machen, damit sie wieder imstande sind, den künftigen Krieg nach innen und außen zu führen. Wir wollen gerne arbeiten, die Arbeit ist unser Glaube, aber wir wollen auch, daß die, die nicht arbeiten, auch nicht essen sollen, daß die Parasiten der Menschheit, die von der Arbeit anderer leben, verschwinden sollen.

Wir gehen nach Rußland, wo uns die Morgenröte einer neuen Gesellschaft entgegenstrahlt. Dort ist eine neue Menschheit außerhanden, die den Kampf aufgenommen hat gegen den Militarismus von ganz Europa, ein Kampf ebenso gigantisch wie entscheidend und doch so natürlich wie der Kampf des Tages gegen die Nacht.

Nachdem Barbusse unter rauschendem Beifall geendet, spricht der Vorsitzende der deutschen Gruppe der Internationalen Bundes der Kriegsbeteiligten Genosse Hart Tiedt. Berlin, von welchem Beifall empfangen. Er antwortet kurz, aber markant und aus innerstem Empfinden heraus, so daß auch die, die seine Sprache nicht verstehen, sie doch verstehen und mitgerissen werden. Seine Worte sind das Gedächtnis der internationalen Solidarität. Das gleiche, nur in anderen Sprachen und Formen, aber vom gleichen Geiste befeuert, sagen die Vertreter der anderen Länder, alle fühlen sich, wie Barbusse sagte, als die Glieder einer großen Familie, die wissen, daß sie eng zusammengehören. Wenn trotzdem in Genf recht lebhaft und langandauernde Debatten über den Anschluß an die Dritte Internationale geführt wurden, so geschah dies nicht aus prinzipiellen Gegensätzen, sondern lediglich aus tatsächlichen Erwägungen. Die Diskussion laud schließlich durch eine einstimmig beschlossene Compromis- und Dankeserklärung an die Dritte Internationale ihr Ende und vorläufige Beendigung.

Die auf dem Kongreß angenommenen Richtlinien sind eine glänzende Reaffirmierung der bisher vom Internationalen Bund der Kriegsbeteiligten befolgten Grundsätze. Die Richtlinien bezeichnen das kapitalistische System als die Ursache aller Kriege und lehnen eine Unterscheidung zwischen Angriff- und Verteidigungskriegen ab. Eine große antimilitaristische Propaganda, besonders auch unter der Jugend soll durchgeführt werden.

Wir möchten dabei auf eine Gefahr hinweisen, die in der Annäherung von Rezepten liegt, die, wie es in Genf geschahen ist, im voraus schon für bestimmte Fälle bestimmte Heilmittel verschreiben. Wenn z. B. der Generalstreik im Mobilisationsfälle und die Dienstverweigerung gefordert wurde, so muß doch bei allen guten Absichten, die solchen Vorschlägen zugrunde liegen, bezweifelt werden, ob sie eine wirksame Waffe bilden. Regiments-Bawolen haben immer etwas sehr Bedenkliches, sie werden in diesem Falle um so weniger Erfolg haben, als im Kriegsfalle immer mit einer hypnotischen, jeder Vernunft unzugänglichen, sich in patriotischer Ekstase befindlichen Masse gerechnet werden muß. Der Kampf muß unseres Erachtens stets positiv formuliert werden, er muß sich, wie Genosse Caris, Frankfurt a. M., dem Internationalen Bund zum Ausdruck brachte, auf die Erreichung der politischen Macht hinstellen, d. h. Kampf gegen die Regierungen aller Länder und ihre weißen Garben, Kampf für die Entwaffnung der Bourgeoisie in allen Ländern und die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Erst dann, wenn die Herrschaft aller Hand und Kopfarbeiter errichtet ist, kann der

große Bau der sozialistischen Gesellschaft beginnen, die Ursachen des Krieges beseitigt werden.

Die Bedeutung des Genfer Kongresses liegt jedoch nicht in den einzelnen dort beschlossenen Paragraphen, seine Bedeutung liegt in der Tatsache, daß er überhaupt möglich war und einen so glänzenden, von international sozialistischem Geist befeuertem Verlauf nahm. In Genf sind zerrissene Fäden geknüpft und neue aufgenommen worden, die einen Schritt weiter bedeuten werden in dem riesenhaften und zähen Ringen des Proletariats aller Länder.

Es ist zu hoffen, daß auf dem im nächsten Oktober in Holland stattfindenden Kongreß noch eine weit größere Zahl von Organisationen vertreten sein wird, denn der Gedanke, daß eine Organisation von Kriegsbeteiligten und Kriegsteilnehmern auf sozialistischem Boden stehen muß, ist nicht mehr aufzuhalten.

Die Opfer des Krieges wollen in ihren Organisationen nicht nur die Beseitigung ihrer berechtigten materiellen Ansprüche, sie wollen auch, daß die Wirklichkeit werde, was am 1. Mai im großen Saal der Maison Communale aus Bruggen und Aarau der Vertreter der verschiedenen Nationen begeistert erklang, der Kampfesruf der Internationale:

Völker, hört die Signale!  
Auf zum letzten Geheiß!  
Die Internationale  
Kämpft der Menschheit Recht!

## Ex-We der französischen Besatzungstruppen

Die Klagen über von den französischen schwarzen Besatzungstruppen im Rheinland begangenen Straftatenverbrechen nehmen einen erschreckenden Umfang an. Wenn auch derartige Fälle zu meist von der bürgerlichen Presse aufgedeckt worden sind, so liegen jetzt eine Menge von Mitteilungen vor, die die verbrecherische Leichtfertigkeit des Oberkommandos der französischen Rheinarmee gegenüber den zahllosen Anträgen der schwarzen Truppen bloßstellen. In verschiedenen Städten des besetzten Gebietes wurde von den französischen Kommandostellen das Eingehen der deutschen Sicherheitspolizei verboten. Wegen desjenigen Schwarzen, die an ausländigen Frauen und sogar Kindern Straftatenverbrechen begangen haben, ist in den allerletzten Fällen eingeschritten worden. Einige dokumentarisch belegte Vorfälle, die die „Dona“ wiedergibt, mögen das erläutern:

In Saarbrücken wurde ein Dienstmädchen abends auf dem Nachhausewege von zwei Maroffen überfallen und vergewaltigt! Als die Missethäter sich zur Flucht setzten, wurde sie mit Messern bedroht. Ebenfalls wurden in Saarbrücken eine Ehefrau und ihre vierjährige Tochter nachts in der Nähe des Güterbahnhofes von einem Maroffen gewalttätig nach dem Verlassen der Häuser auf die Straße herbeigeholt. Die beiden Frauen wurden bedroht. Die Duldung dieser Straftaten kann die Frauen schließlich mühsam betreiben. Die Duldung dieser Straftaten wurde in einem Kino in Saarbrücken von einem neben ihr stehenden anonymen Kolonialhändler durch Bedrohungen scharf verurteilt, weil sie über einen Film lachte. Eine Schwarzerin aus Frankfurt wurde auf dem Wege vom Bahnhof Gießen nach Frankfurt von einem farbigen französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. Diese Beispiele liegen hier beiläufig vor.

Die deutsche bürgerliche Presse hat zwar kein Recht, sich darüber zu äußern; denn sie hat die gleichen grünenhaften Verbrechen deutscher Militärpersonen in Frankreich und Belgien nicht verurteilt. Aber schon beginnt sich in England der Widerstand gegen die Verwendung farbiger Truppen durch Frankreich zu regen. Wir hoffen, daß die Empörung der ganzen Welt Frankreich zwingen wird, auch als Sieger die schlimmsten Gesetze der Kultur zu ändern.

## Kulturhande in der deutschen Republik.

Am 6. Mai fand vor der Strafkammer des Landgerichts I Berlin eine Verhandlung gegen Untersuchungsgefangene statt, die aus dem Moskauer Untersuchungsgefängnis ausgebrochen waren. Als Grund für ihre Flucht gaben sie an, die Ernährungsverhältnisse im Untersuchungsgefängnis seien geradezu „unmenschlich“ gewesen. Viele der Gefangenen seien dem Hunger todt zum Opfer gefallen. Wochentags habe es nur in Wasser gelochte Wurzeln gegeben. Viele Untersuchungsgefangene hätten sich aus den mit menschlichen Excrementen gefüllten Räumen Speisereise bezugsichtigt und gegessen.

Auf die Frage des Verteidigers bekräftigte ein als Junge anwesender Gefangenwärter, daß einer der Angefallenen innerhalb 14 Tagen über 20 Pfund Gewicht verlor.

Wäre dieser Fall nicht gerichtlich, man würde ihn für einfach unmöglich halten. In den meisten Vergewaltigungen während der Zeit der wütendsten Verfolgung der russischen Revolutionäre durch die zaristischen Behörden ist niemand in ihrer Gewalt durch Hunger getötet worden, sich aus dem Abort keine Nahrung zu suchen. Dies geschah in Genf, blieb einer Gefangenüberwallung der deutschen Republik am Tage der Reichsregierung vorbehalten.

Wir fordern die sofortige Untersuchung des Vorfalles und die strengste Bestrafung des oder der Schuldigen.

## Gedrückte Stimmung an der Börse.

Die deutsche Valuta ist in den letzten Tagen wiederum zurückgegangen. In Amsterdam notierte der Kurs der Mark am Freitag 5,25—5,15, in Stockholm 8,90, in Zürich 10,70. Auf der anderen Seite sind die ausländischen Geldzeichen an den deutschen Börsen zurückgegangen. Die japanischen Valutapapiere erleiden erhebliche Kursrückgänge. Die Spekulation, die in der Hoffnung auf neue Aufschwünge in den Tagen des niedrigsten Valutahabes große Wertpapierkäufe vorgenommen hat, sucht ihren Weg wieder abzufinden. Auf dem Warenmarkt bleibt das Geschäft still, weil die Konsumenten ebenso wie die Händler in Erwartung auf Preisrückgänge mit Käufen zurückhalten. Das alles trägt dazu bei, daß auf den Börsen eine gedrückte Stimmung eingeleitet ist.

Inzwischen macht sich die rückläufige Bewegung in den Preisen für Rohstoffe bei den Metallen weiter bemerkbar. Vom 4. bis zum 7. Mai sind nach offiziellen Feststellungen in Berlin die Metallpreise folgendermaßen zurückgegangen: Weizenrohpreis von 2512 auf 2375 M., Raffinaderpreis von 1800—1850 M. auf 1650—1700 M., Weichblei von 700 M. auf 625—650 M., Zinn von 775—800 M. auf 700—750 M., Kupfer

minium von 8750—8800 M. auf 8450—8550 M., Zinn von 8300 bis 8500 M. auf 8100—8200 M., Weinnidel von 6200—6400 M. auf 4800 M.; alles für 100 Kilogramm.

Die Schwerindustriellen in Deutschland denken trotz des allgemeinen Preisrückganges für die Rohstoffe gar nicht daran, sich für ihre Erzeugnisse dieser Bewegung anzupassen. Sie wollen im Gegenteil ihre Preise noch weiter steigern. Jetzt verlangen sie, daß die Heberpreise für Eisen noch um 10 Proz. erhöht werden sollen. Das Reichswirtschaftsamt hat jedoch beiläufig diese Forderung abgelehnt.

## Die Kösliner Lebensmittelwalle vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht in Köslin begannen am Dienstag gruppensweise die Verhandlungen wegen Landfriedensbruch, Raub und Diebstahl gegen die Teilnehmer an den Unruhen und Plünderungen im September vorigen Jahres. Das Urteil gegen die vor Gericht stehenden Arbeiter muß wegen einfachen Landfriedensbruchs auf je 4 Monate Gefängnis. Das Verfahren gegen einige Arbeiterfrauen wurde abgezwängt und einmündigen verlag. Von den bei der folgenden Sitzung auf der Anklagebank stehenden Arbeitern wurde der eine von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen, während ein anderer zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust und die übrigen Angeklagten zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Doch soll bei allen die Untersuchungshaft voll auf die erlassene Strafe in Anrechnung gebracht werden.

## Die Revolution der Dollmache.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ hat Carranza, der Präsident der Republik Mexiko, infolge des Aufsturus der Rebellen sein Amt niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde Alirebo Rables Dominguez ernannt, der von beiden Parteien anerkannt sein soll.

Zu dieser Meldung bringt das Wort noch einige Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß es sich in Mexiko diesmal wieder um einen Streit um die Petroleumquellen handelt. Mexiko hat große Vorkommen an Erdöl. Die befinden sich zum Teil im Besitz des amerikanischen Kapitals, insbesondere der Standard Oil Company, dem bekannten Petroleum-Traut. Außerdem ist an den Petroleumquellen auch das englische und das holländische Kapital stark beteiligt. Schon vor sechs Jahren, kurz vor Ausbruch des Weltkrieges, wollten die Vereinigten Staaten Mexiko mit Krieg überziehen, um die Interessen seines Kapitals zu schützen. Diesmal scheint der amerikanische Öl-Traut auf eigenen Faust vorgegangen zu sein und eine „Revolution“ angezettelt zu haben, die sich gegen Carranza richtet. Carranza soll nämlich versucht haben, durch Maßnahmen der Bekämpfung die Schätze des mexikanischen Bodens gegen den Einfluß des ausländischen Kapitals noch mehr zu sichern. Schärer aber als der mexikanische Präsident sind die amerikanischen Dollmache. Ihnen scheint es sehr gelungen zu sein, eine ihnen willkürliche Person auf den höchsten Posten der mexikanischen Republik zu setzen.

Aus diesem Vorgang erhellt man wiederum, wie ungeheuren Einfluß der Kapitalismus auf den Verlaufe der Welt hat. Nicht immer liegen die Absichten des Kapitals so offen zutage, wie in dem Kampfe der amerikanischen Dollmache gegen das Verfügungsrecht eines anderen Landes über seine Schätze. Was aber in Mexiko in verhältnismäßig kleinem Umfang sich zeigt, das hat sich im Weltkrieg in riesenhaftem Rahmen abgespielt. Unter der Flagge des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Verhinderung der bedrückenden Vorkämpfer gegen fremde Eroberer sind die Völker in einen jahrelangen Krieg gezwungen worden. Die Reichen haben sich zu Millionenhaufen gesammelt. Unermessliches Geld, Ozeane von Blut und Tränen sind über die Welt herabergelassen. Dieser Krieg brachte aber nicht das Kapital und nicht die Weltwirtschaft den Profit ein, den ihm dieser Krieg gebracht hat. Wenn wird das Proletariat der ganzen Welt daraus die Lehre ziehen, daß es nur einen Feind gegen sich hat, die Internationale des Kapitalist!

## Keine Wiederannahme der russisch-holländischen Beziehungen.

Das 7. Mai.  
Die zweite Kammer hat den Antrag Kapteyn auf Einstellung von Beziehungen zu Rußland mit 48 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

28 Abgeordnete der Nationalversammlung streifen vorläufig auch Mitglieder des neuen Reichstags. Es sind die Vertreter der Rheinlandsgebiete in Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien und die Vertreter von Schleswig-Holstein. Von den 28, die sich keines Wahlkampfes an unterzeichnen haben, sind 18 Sozialdemokraten, 8 Demokraten, 8 Zentrumsmitglieder, 2 Deutschnationalen und 1 Mitglied der Deutschen Volkspartei und des Holländischen Bauernbundes. Die Wahlen für diese Gebiete finden erst im Oktober statt.

Die Franzosen werden deutsche Landarbeiter. Die französische Regierung hat in dem besetzten Gebiet eine Bekanntmachung erlassen, worin landwirtschaftliche Arbeiter gesucht werden, die in den zerstörten Gebieten arbeiten wollen.

Die ungarische Friedensdelegation hat Donnerstagabend Versailles verlassen und sich nach Budapest begeben, um die Antrost auf die Gegenentschläge zu überbringen.

## Aus der Parteipresse.

Die letzten erschienenen Nr. 18 der „Arbeiterzeitung“ enthält folgende Beiträge: Emanuel Wurm von Paul Perry; Die Wiederbelebung des Militarismus von Emil Rabold; Reorganisation des Kampfdienstes von Hugo Tiemann; Reaktionale Polizeiverordnung der Wissenschaft; von einem Unerschrockenen; Die „Sozialistische“ der Frauen von Kurt D. Ruffe.

Die letzten erschienenen Nr. 15 des „Arbeiterat“ enthält folgende Beiträge: Material für die Praxis der Arbeiterzeitung; Entwurf zu einer Arbeiterorganisation — mit einem Vorwort von Kurt Dammig; Aufgaben der Arbeiterzeitung von Paul Wogmann; Die wirtschaftliche Lage Sowjet-Rußlands; Ruf auf die Arbeiterzeitung der Gewerkschaften; Entwurf zu einer



# Die Wiederbelebung des Militarismus.

Von Emil Rabold.

Auf der Reichskonferenz der Rechts-... behauptete Scheidemann, der... habe die Wiederbelebung des... Militarismus verursacht. Das ist eine... fälschung. Denn die Tatsachen be-... en, daß der kaiserliche Militarismus sofort... dem Zusammenbruch im November 1918... den Rechtssozialisten vor seinem völligen... anberg bewahrt wurde. Keine hat ihn... dann organisch ausgebaut. Die noch... lebende Darstellung fußt auf einem Artikel in... der neuesten Nummer des „Sozialist“.

Als im November 1918 die ehemals so stolze Armee... des kaiserlichen Deutschland zusammengebrochen war und... noch gerührte Krümmen den deutschen Boden betraten, schien es mit der Herrschaft des Militarismus endgültig vorbei zu sein. Die Masse der Soldaten trat nahezu restlos auf die Seite des revolutionären Volkes, die Führer aber verkrochen sich in die Kämpelöcher oder fanden sich stillschweigend mit den neuen Verhältnissen ab, wenn sie sich nicht gar der Republik zur Verfügung stellten. Sie wußten, daß das Maß ihrer Schuld voll war. Sie hatten durch ihr Verhalten während des Krieges jeden Kredit und jeden Respekt bei dem Volke verloren, und sie hielten es deshalb für geboten, möglichst unauffällig im Strudel der allgemeinen Ereignisse unterzugehen. Das Verschwinden des Militarismus während der ersten Revolutionen war jedoch nur eine äußerliche Erscheinung. Denn der Militarismus war durch eine jahrhundertlange Gewöhnung so fest mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Einrichtungen des Staates verflochten, daß er nur dann völlig von der Bildfläche verschwinden konnte, wenn die gesamten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf umgeändert worden wären. Da nichts dergleichen geschehen ist, konnten die reaktionären Massen Deutschlands allzu schnell wieder politischen Boden gewinnen. Und damit war natürlich auch für den Militarismus eine neue Existenzbasis geschaffen. Denn beide, der Militarismus und die reaktionären Massen, können nur gemeinsam bestehen; sie ergänzen sich gegenseitig, verachten die gleichen politischen und ökonomischen Ziele und wachsen gewissermaßen aneinander empor.

Da dem Militarismus durch das Fortbestehen seiner gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Boden nicht entzogen worden war, hätte durch geeignete Maßnahmen der neuen Regierung seinem Wiedererstarken ein kräftiger Riegel vorgeschoben werden müssen. Das war das dringendste Gebot, das die junge Republik zu erfüllen hatte, sollte ihr Grundbau nicht von Anfang an auf schwachen Füßen stehen. Der Regierung lag die Pflicht ob, sofort nach dem Waffenstillstand das große Hauptquartier mit Hindenburg an der Spitze aufzulösen und sämtliche höheren Kommandostellen und Stäbe zu beseitigen, wie es von den Soldatenräten und von der U. S. P. D. immer wieder mit allem Nachdruck gefordert wurde. Denn hier saßen die tragfähigsten Stützen des kaiserlichen Militarismus, hier herrschten die Männer, die sich nur schwerbar auf den Boden der gegebenen

Lafachen stellten, im übrigen aber bestrebt waren, das alte Heer nicht restlos auseinanderfallen zu lassen, damit ihnen von der früheren Macht wenigstens noch ein Bruchteil zur Verfügung kam, auf den sie sich dann, wenn die Verhältnisse für sie günstiger geworden waren, stützen konnten. Die unabhängigen Volksbeauftragten haben in der kurzen Zeit ihrer Regierungszeit höchst verfehlt, in diesem Sinne zu wirken. Ein positives Arbeiten überließ sie aber an dem Widerstand der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder, die durch den Krieg in eine feste Abhängigkeit von den militärischen Führern geraten waren und auch nach dem schändlichen Zusammenbruch sich von dieser weisheitsvollen Besorgtheit nicht losmachen konnten. Auf diese Weise gelang es den Führern, kleinere Truppenteile, die sich im Felde besonders bewährt hatten, und an denen auch die Revolution nahezu spurlos vorübergegangen war, geschlossen in die Heimat zurückzuführen, mit dem schreibaren Zweck, ein Gegenwärtiges gegen ein weiteres Umsichgreifen der Revolution zu schaffen. Es handelte sich hierbei besonders um jüngere Truppen, die noch keine politische Schulung hinter sich hatten. Auf sie wurde mit allen Mitteln der Verheerung eingewirkt, es wurde ihnen vorgeworfen, daß die Front noch hätte standhalten und Deutschland den Sieg erzwingen können, wenn die Heimat nicht verfallen wäre und der Armee durch die Revolution die Waffen nicht aus der Hand geschlagen worden wären. An dieser Hebe beteiligte sich auch das große Hauptquartier ganz hervorragend. Wir erinnern nur an die verlogenen Erlasse, die Hindenburg angeordnet im Land gehen ließ. Auf die Fronttruppen folgten die Militärischen, die im Verein mit der Reaktion am Grabe des kaiserlichen Deutschland irraueren, ihre höchsten Hoffnungen. Sie erwarteten von ihrer Rückkehr nicht nur eine Stabilisierung der inneren Verhältnisse, sondern die höchsten Schwärme unter ihnen hielten sogar die Welt für die erste gegenrevolutionäre Erhebung gekommen. Sehr deutlich kommt das in einem Geheimbericht zum Ausdruck, der Ende November 1918 von Berlin aus an die verschiedenen militärischen Führer vorkirkelt wurde, und in dem über die politische Lage und über die sich daraus ergebende konterrevolutionäre Lage folgendes Bild entworfen wurde:

Die bürgerlichen Parteien gesplitteten sich in „demokratische“ Bande, wiederum unter Führung von Juden, Th. Wolff uhm. Wie das Zentrum sich stellt, ist zur Zeit noch ungewiß. Erbreger hatte Gewalt v. Gesellschaft im Hause. Es wird ohne Frage hinter den Rücken von allen Seiten etwas vorbereitet. Es ist heinade eine Stimmung wie im Juli 1914. Ein jeder fühlt, daß sich etwas zusammenbraut und es gefährlich wird und muß. Diese Entladung richtig zu lenken, ist Ziel und Aufgabe einer streng verteilten Propaganda. Es muß daher gefordert werden, daß die drei sozialen Brüder sich immer mehr trennen, um das Bürgertum, Mittelstand usw. auf der einen Seite zu einem, auf der anderen zu ängstigen. Da ein Kommando fehlt, muß die Angst die Leute wachmachen. Geeignete „Spartakus“-Propaganda ist angebracht, wie eine Propaganda für die Frauenwelt. Ein bedeutender Schritt wurde erfolgreich eingeleitet. Diskret müssen die Anseren und die Mitglieder des K. und S. Rates bearbeitet werden. Ein Zusammenstoß wird in Bälde erwartet und dann dürfte die Revolution kommen. Rettung wird von den Fronttruppen erwartet, die entsprechend im voraus durch geeignetes Material bearbeitet werden

müssen. Flugblätter usw. Viel wird durch den Truppenempfang erreicht werden. Die rote Fahne wird nicht vorherrschen; es wird unter dem weiß-roten mit schwarzem Bären (1), schwarz-rot-gold und auch wieder die schwarz-weiß-rote Fahne erscheinen. Die Macht steht gewissermaßen auf der Totenliste! Seine Tochter hat er schon nach Holland geschickt, seine Söhne werden andauernd geprügelt. Er selber zieht mit einem Fotel in das andere. Gegen ihn und die Bolschewisten muß sich die erwählte geheime Propaganda richten!

Die in dem Bericht angeführten Ereignisse sind am 6. Dezember 1918 eingetreten. Genosse Ledebour hat darüber in der geistigen Morgenausgabe eingehend berichtet. Wenn auch der Streich mißlang, so zeigte er uns doch, daß die Gegenrevolution, von den Kräften des alten Militarismus ausgehend, bereits recht lebendig geworden und mehr war, als ein bloßes Phantasmagorische. Was aber die Lasten anbelangt, so haben uns die weiteren Ereignisse gelehrt, daß die in dem Bericht festgelegten Richtlinien von den Konterrevolutionären bis in die letzten Tage hinein aufs genaueste befolgt wurden. Sie arbeiten auch heute noch nach diesen Richtlinien.

Am 24. Dezember 1918 legte dann der alte Militarismus erneut eine Probe seiner Lebensfähigkeit ab. Die in der Nähe Berlins zusammengezogenen Fronttruppen wurden auf Befehl der rechtssozialistischen Volksbeauftragten gegen den Marschall in Bewegung gesetzt, um die revolutionäre Volksmarine zu vertreiben. Der Plan scheiterte an dem Widerstand der Matrosen und der revolutionären Arbeiterklasse, die sich den Truppen entgegenstellte. Die Unabhängigen Volksbeauftragten trugten aber, die diesen Gewaltstreik nicht billigen konnten, schieden aus der Regierung aus. Damit hatten die rechtssozialistischen Volksbeauftragten freie Hand. Sie konnten nunmehr ihre Geschäfte, die sie mit dem alten Militarismus bisher geheim betrieben, ganz offen fortsetzen. Rostke, der in die Regierung berufen wurde, war ein eingetragener Feind der Soldatenräte. Er hatte vorher schon in Piel wiederholt erklärt, daß ohne die kaiserlichen Offiziere eine Wehrmacht nicht zu bilden sei. Aus Deckoffizieren, Fähnrichen und Kapitulanten hatte er dort bereits eine mehrere tausend Mann starke Truppe zusammengestellt. Als Wehrminister konnte er nunmehr ungestört an den weiteren organischen Aufbau des Heeres herantreten.

Die Januarereignisse gaben dazu nur den äußeren Vorwand. Das Soldatenheer wurde gehalten. Verbungen setzten in großem Umfang ein, Offiziere und Studenten wurden aufgerufen zum Kampf gegen die Arbeiter. Sie eilten in hellen Scharen unter die alten, geliebten Fahnen schwarz-weiß-rot, deren Klang schon zu verfluchen drohte. Im Januar 1919 sah Berlin zum ersten Male nach der Revolution wieder Truppenaufmärsche vom alten kaiserlichen Gepräge. Mitten in der Republik entstand eine monarchistische Wehrmacht, aber die verantwortlichen Männer der Regierung saßen in unbehelligter Beobachtung und Kurzsichtigkeit nicht, welche Gefahr sie damit heraufbeschworen. Weil besser wußte die Reaktion, was die Stunde geschlagen hatte. Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der alten deutschen Schamarmee, maß der in Bildung begriffenen Wehrmacht weltbekanntliche Bedeutung bei und schrieb aus Anlaß des ersten militä-

# 40 Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

„Das ist a Fehler.“ fiel ihm der Pfarrer eifrig ins Wort. „in leidiger Temperamentsfehler, da hab'n S' vollkommen recht, mein lieber Seberl! So oft mir so ein verläudertes Kusndrud' krausfahrt, reut mich's und bitt' ich unfern Herrgott, daß er mir d' Sünd' verzeiht, und schäm' ich mich nit wenig, mich alten — mich alten Menschen über so einer Ungelehrn zu erheppen, moggen ich Jahr aus und ein 'n Bauern gute Lehren geb'! Nun, Sie hab'n g'leh'n, das borhin war weg'n der verhöllten Pfeifen, das is in e'n Schaden g'weßt, den ich durch mein' Jornmütigkeit nur größer g'macht hab', daß ich mich aber einmeng' und dadurch etwa ein' fremden vergrößert, da werd' ich mich hüten; überhaupt Gott dienen und Dreinteufeln stimmt mir nit. Doch weil wir just auf dem Gegenstand sein, reden wir sich aus. Sie sind noch jung, Herr Kaplan, und können zulernen, und ich bin nit zu alt, mich aufklären zu lassen. Reden wir sich aus. Wo nachher, meinen S' denn, daß 's selbe Dreinteufeln am Ort war?“

Der Johann Nepomuk Meebinder und die Selene Hinsthofer haben das einmalige Aufgebot erwirkt und können in wenig Tagen über Hals und Kopf in den heiligen Ehestand treten.

„Wohl!“

Nach dem Gemunkel und Gered' der Leute dürfte aber eine Entwürdigung des Sakramentes dahinterstehen, die für die Gemeinde vom übelsten Beispiel sein könnte.

„Versteh' versteh' Sie vollkommen, Herr Kaplan. Aber auf Dürfen und Können können und dürfen wir nichts geben. Wo sie fürchten, in Schmutz zu greifen, da halten S' als reinlicher Mensch die Hand davon. Alles G'reb' und G'munkel hat nicht Hellers Wert für mich, erst wenn sich dessen volle Wahrheit im Reichthum erweisen sollt', tritt die Frog' an mich heran, wie wohl das rändige Schaf am heilsamsten zu behandeln war, ob ich 'n Stab Weide oder 'n Stab Sanft dazu aus'm Winkel langen soll, und bitte, Herr Kaplan, bitte, sich eben just da an meine Stell' zu verlehnen. Was würden Sie tun? Würden Sie durch ein beloberes Veranstellen, und wär's auch nur durch ein Verbonnern in der Amtsstube, wo jed's horden herzurennit, das in der Näh' weilt, würden Sie durch so was Vergehen, wie schon unter's Reichthum g'nommen sind, 'n Reuten zu bemerken geben? Wollen Sie die G'fall'nen statt sie aufzurichten, tiefer niederdrücken und die andern d'rüber wegsteigen lassen und in ihrer Schandenstund' und Hochmütigkeit bestärken? Wollen Sie ein'm G'köpf', das die Unlauberkeit, in der 's bisher g'leckt hat, mit einmal inne wird und sich rechten Weg's besinnt und voll Angst und

Verzagtheit auf se'd'n Hinsticht'l, denselbigen verlog'n und erschweren? Woll'n Sie das? Er machte dabei mit dem Pfeifenrohr einen Kusndrud' gegen den jungen Kerker, und trat mit der Federpule dessen zweiten Knopf.

Der Kaplan knickte, beide Hände vorstreckend, in dem Stube zusammen, als ob ihn der Stoß niedergeworfen hätte. „Mein Gott, nein.“ sagte er.

„Ich den' selber, daß Ihnen dazu 's Herz verlagel.“ fuhr der Pfarrer fort. „Schau'n S', Oafen vom Kohl scheuchen und Gän' in Stall treiben, is halt zweierlei! Um von üble Vorföh' abz'kreden, mag' schon lang'n, ein' rechten Rärm z'schlagen, aber 'm Geseh'nen gegenüber richt' mer mit alle Himmelheil'gkreuzdonnerwetter nit, und wann einer da werktätig Reu' bezeigt, so muß ich trachten, daß ich ihn bei qu'm Mut und Willen erhalt'l! Die Reu' sündigen oft in aller Anschuld — will sagen — aus purer Dummheit, Dohheit liegt ihnen fern und 'n dolus tragt selbst die irdische Gerechtigkeit noch. Nun mag's in dem Fall mit der Braut schlimm g'nug bestellt sein, aber 'n Umständen nach is es ausgeschlossen, daß das 'm Bräutigam verborgen bleibt, und der is ein braver Bursch, und wenn der 'n Mantel der christlichen Nächstenliebe über'n Schaden breit'l, soll ich'n nachher aufdecken? Soll ich die Dirn', die sich g'rad' noch rechtzeit, bevor sie sich verloren gibt, auf Sucht und Erbarmkeit zurückbesinnt, hart anlassen und machen, daß 's auch nur für ein' Augenblick ihre guten Vorföh' bereut? Er redte die Hand empor und schüttelte mit den gespreizten Fingern. „Ach, nein, nein, mein Lieber! Ich weiß zu gut, was so eine z'rückg'tretene Reu' stiften kann, das is wie bei ein'm Kusndrud', und die Folg' möcht' ich nit auf mein G'wissen nehmen!“

„Ich ja auch nit.“ seufzte der Kaplan.

„Und was Sie von ein'm üblen Beispiel und Entwürdigung reden, trifft auch nit zu. So ein ledig's G'lamm und Aubeinanderlaufen find't mer, leider Gott's g'nug da herum in der Gegend, und in dem best'g' üble Beispiel, nit an denen, die'n kirchlichen Segen ansuchen. Es kann auch von keiner Entwürdigung des Sakramentes die Red' sein, denn dem der G'h' geht, wie wir wissen, das der Ruh' voran, auf alle Fälle treten also beide Teile rein vor'n Altar hin; in's Herz vermag ich kein'n z'schau'n, steckt noch in irgendein'm Hälterl ein Schmutz vom Verbergogang'n, oder nimmt ein's die ausufernde Pflicht nit ernst g'nug, so hat das jed's mit'm Herrgott allein aus-z'machen, und dessen is, wie geschrieben steht, das Gericht; wir sind nur seine Gnad'nerwähler, und die hab'n wir auß'steilen, wie ich mein', nach der Vorkrist, nit gewessert und nit überzert.“

Der alte Herr hatte das Weisend' an den Enden angefaßt und wiegte mit den Armen, jetzt machte er einen heiligen Rud', daß es sich bog. „Inad“ sagte es; er schlug

ärgerlich die beiden Stämme gegeneinander, schlenderte sie dann nach einer Weile und bewegte die Lippen, da er sich aber nicht verlauden ließ, so mag es dahingestellt bleiben, ob er nicht etwas im Stillen, ganz für sich, einen verläuderten Kusndrud' gebrauchte.

Er warf die Hände über den Rücken, machte ein paar Schritte, räusperte sich und hob wieder an: „Ja, mein lieber Herr Seberl, Sie kennen halt die Menschen noch viel zu wenig, und gar erst die Reut', die Reut'! Man nennt uns mit umjonst Seelenärztl', wenn auch neuzeit g'lagt wird, Seel' hätt' der Mensch gar keine, das is Wortfiederei und Silbenstechen; der Mensch hat so was wie eine Seel', das sag' ich allen gelehrten Herren zu Trutz, ich, der ich jetzt meine guten dreißig Jahr' dast' auf einer und der nämlichen Pfarr', und alle meine Patienten vom ersten bis zum letzten, vom ältesten bis zum jüngsten genau kenn'l! Der Mensch hat eine Seel', die ihm in g'unden Körper verkümmern und über'n siegen hinauszumachen kann, ein Ding, das g'teimmert und per Du anred't, und wann das sagt: Du Hallunk', so geben wir uns bei all'n Reichthümern und Ehren der Welt nit z'frieden, und wann es sagt: Du braver Kerl', so halten wir getrost aller Verleumdung und Verfolgung Stand. Wenn aber Gottlosigkeit und Zweifel, eigene oder fremd woher, der Seel' d' Red' verschlagen, so wird sie krank und wir haben dann die Wahl, wie wir ihr Luft machen wollen, durch die Furcht vor'm Teufel und der Höl', oder durch d' Hoffnung auf Gottes Erbar'mung und das Himmelreich, und da weiß ich's nit anders, als daß der Mensch die Erbar'mung sucht; der Sündigste verstockt und verhärtet sich gegen die Furcht, aber die Zeit und die Stund' kommt, und wär's seine letzte, wo er sein Obr' der Gottschalk von der Gnad' und Erbarmung Gottes zuneigt. Gottschalk bin ich an die Sterdebetten von Erzballunken g'rufen worden und hätt' lieber als nit, gleich noch dem Sündenbekenntnis davonrennen und sie allein liegen lassen mögen, aber wann 's mich ang'schaut hab'n mit Aug'n wie ein winklender Hund an der Ketten, der'n Bauer mit'n Krammel herzukommen sieht, ja, du mein Gott, da hab' ich all'n Trost, aber er g'irriben Reu'n oder nit, ausgehend't, daß ich ihnen über ihr leibes Rot hinweg'hilf'. So was will durch'macht sein, von dem Augenblick an, wo man sich aus hellem Mitleid um so ein' verlorenen Menschen zu ängstigen anhebt, bis dahin, wo einem mit einmal hart und leid um ihn g'chieht, bis 's liegt, wo man sich zugleich mit ihm beruhigt und in selbem gott- und welt-ergebenen Frieden, wie er von der Erd', aus'm Haus scheid't. Seberl! Solche Wunder der Darmberzigkeit muß man erlebt und Gott dafür die Ehr' gegeben haben, dann entschließt man sich wohl zur eindringlichen Verwarnung, zum aufmunternden Aufbruch, aber auß's Dreinteufeln gibt man nit so viel.“ Er schnippte mit den Fingern.

(Fortsetzung folgt.)

türischen Aufzugs nach der Revolution in Berlin das folgende:

Die jungen Leute, die alten selbstbewährten Krieger, die heute in Berlin einmarschieren sind, mit ihren christlichen Göttern und leuchtenden Augen, sie sollen wissen, daß es ein weltgeschichtlicher Vorgang ist, der mit ihrem Einzug seinen Anfang nimmt. Es ist der der Wiedergeburt des Reiches, das sich nach dem Delirium einer schweren Krankheit langsam, langsam auf sich selbst zu besinnen beginnt.

Die alte kaiserliche Armee war also wieder da. Wenn sich auch äußerlich manches geändert hatte, ihr Wesen war dasselbe geblieben. Der Drill, die Disziplin, der Kadavergehorsam wurden neu belebt, die Macht der Soldatenräte gebrochen, die Kommandogewalt ausschließlich in die Hände der monarchistischen Offiziere gelegt. Die kümmerlichen Ueberreste der revolutionären Truppenteile versielen schnell der Auflösung. In dem Berliner Märzaufruf, der von den Militärs angezettelt wurde, um die Volksmarineinführung gewaltsam zu vertreiben, fand das Werk seine Krönung. Noch knapp drei Monaten war der alte Militarismus zu einer ansehnlichen Macht herangewachsen. Da die aktive Wehrmacht durch die Waffenstillstandsbedingungen an eine gewisse Grenze gebunden war, wurde zu ihrer Verstärkung eine Reihe militärischer Nebenorganisationen ins Leben gerufen. Hauptmann Babst von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ließ die Einwohnerwehren und die Zeitsfreiwilligen, später noch die Sicherheitswehr. Alle diese Organisationen standen unter fester militärischer Führung, bildeten mit der Reichswehr und den Freikorps zusammen einen festen Ball gegen die Republik, waren die Hoffnung und der Stützpunkt der monarchistischen Reaktion geworden.

Die rechtssozialistische Partei, die für die Bildung der antirepublikanischen Wehrmacht die Hauptverantwortung trägt, versucht sich heute damit zu erlassen, daß sie behauptet, sie sei durch die fortgeschrittenen „Rutsche“ und „Aufflände“ der radikalen Arbeiterkraft ganz gegen ihren Willen dazu gezwungen worden. Diese Behauptung ist nicht stichhaltig. Denn ganz abgesehen davon, daß die Rutsche selbst durch Spindel und Provokateure hervorgerufen wurden, um die Daseinsberechtigung der Wehrmacht nachzuweisen, hätte die damalige Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wohl eine Sicherheitsstruppe, niemals aber ein monarchistisches Heer gebraucht. Wie in Oesterreich, so hätte sich auch in Deutschland eine republikanische Wehrmacht aufbauen lassen. Führer und Mannschaften waren vorhanden. Auch die organisierten Arbeiter hätten sich einem wahrhaft republikanischen Heere gern zur Verfügung gestellt, und das, was sie während des Krieges gelernt hatten, im Sinne der Republik verwendet. Den kaiserlichen Offizieren aber, unter deren Druck sie während des langen Krieges gestanden und so unendlich viel ertragen hatten, wollten sie sich nicht unterwerfen. In den Werbeaufrufen wurden ja immer nur „zuverlässige“ Leute gesucht, die bereit waren, das alte Verhältnis zwischen Offizier und Mann wieder anzuerkennen. Gerade die Werbeaufrufe bewiesen, daß keine republikanische, sondern eine kaiserliche Wehrmacht aufgebaut wurde. Für organisierte Arbeiter, für Sozialisten, war darin kein Platz, wohl aber für junge, unerfahrene Burken vom Lande, die sich willig der alten Befehlsherrschaft unterwarfen und wie weiches Wachs in den Händen der Führer zu jeder Aufgabe verwendet werden konnten.

## Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 7. Mal.

### Beamtenbesoldungsreform.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurden die sämtlichen mit der Beamtenbesoldung im Zusammenhang stehenden Vorlagen ohne wesentliche Debatte unversändert angenommen. Es soll dies jedoch nur eine vorläufige Regelung sein, weil sich die Unmöglichkeit herausgestellt hat, die Gehaltsverhältnisse in der kurzen Zeit seit ihrer Erörterung gründlich durchzuarbeiten. Die isolierten Parteien haben jedoch das begründete Interesse, den Beamten zu den bevorstehenden Wahlen eine Anregung mitzubringen. Daher nach ausgiebigem Hören plätsch die liberale Partei beim Wiederzusammenritt des Parlamentes nach der Wahlpause, sollen die Vorlagen einer Kapazitätsuntersuchung unterzogen werden. Wie sind natürlich von der Dinglichkeit der Realisierung vollkommen überzeugt und haben deshalb der eigenartigen Behandlung keine Einwände in den Weg gelegt. Unsere Fraktion hat aber selbstverständlich ihre schweren Bedenken geltend gemacht. Vollständig ablehnend hat sie sich den Teuerungszulagen für die Gehälter gegenüber verhalten. Die dafür angeforderten 120 Millionen Mark würden besser den in vergrößerter Lage befindlichen Rentenempfängern zugute kommen, die Gehälter nicht ausführen. Es machte dadurch den gesonderten Landesbeamten Besprechungen mobil, Genosse Wölff Hoffmann rücherte sie aber aus, wie sie es verdienen. Für die von uns beantragte Streichung der Postionen stimmten nur die Unabhängigen und die Rechtssozialisten.

### Die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels.

wurde ebenfalls in erster Lesung angenommen. Der folgenden zweiten und dritten Beratung wurde widersprochen. Es wird erst nach dem 20. Juni, dem Tag des Wiederzusammentritts nach den Reichstagswahlen, wieder auf der Tagesordnung erscheinen.

## Aus der Partei.

### Warnung vor einem Schwindler.

Gegenwärtig macht ein „Genosse“ Biber die Runde durch die Organisationskreise. Es ist ihm auch gelungen, namhafte Beträge zu erschleichen. Er wird versuchen, seinen Raubzug weiter fortzusetzen. Es sei daher vor ihm gewarnt.

### Beitritt des „Jüdischen Arbeiterbundes“ zur dritten Internationale.

Ein Moskauer Junkbruch meldet, daß der 12. Parteitag des „Bundes“ der jüdischen Sozialdemokratischen Partei beschlossen hat, aus der russischen sozialdemokratischen Partei auszuscheiden und das bolschewistische Parteiprogramm anzunehmen. Der „Bund“ stellt dabei die Bedingung, daß die Selbständigkeit der „Bund“-partei von der russischen kommunistischen Partei anerkannt wird. Der „Bund“ hat gleichzeitig den Beitritt zur 3. Internationale beschlossen.

Die das Zentralkomitee des „Bundes“ mittels. Welt von den 42 anwesenden Delegierten die Minorität am menschlichen Standpunkt fest. Sieben Delegierte, an ihrer Spitze Abramowitz, verließen den Versammlungssaal mit der Erklärung ihres Ausstehens vom „Bund“. (Times 4. 5. 20.)

## Aus dem großen ungarischen Kerker.

Von Dr. E. D.

Die ungarische Proletarierherrschaft, die vier Monate lang bestanden hatte, ist jetzt nicht weiter als ein „ungeheures Kriminalverbrechen“, dessen Wurzeln auf dem Tisch des noch blutigeren Kochenden ungarischen Klassenkampfes liegen, dessen „Angeklagter“ aber die furchtbaren Qualen ungarischer Kerker erdulden ober das harte Brot einer sehr traurigen Emigration essen müssen.

Die Gerichte des weißen Terrors sind ein Dutzend jeder Nothilfe. Es ist nicht uninteressant, einen Blick auf jene „Verbrechen“ zu werfen, aus denen sich dieser „Monstre-Prozess“ herausgebildet hat. Der Versuch, der für die Zwecke einer Unterrichts- oder Arbeitsbeschäftigungsinstitution das Palais eines Magnaten beschlagnahmt hat, wird wegen Raub und Hausfriedensbruch zur Verurteilung gezogen; die Sozialisten der Fabriken haben sich ebenfalls wegen Raub und Gewalttätigkeit zu verantworten, der Professor und Lehrer wird wegen Verletzung und Aufregung zu vielen Jahren schweren Kerker verurteilt, die Richter des Revolutionstribunals werden, wenn sie ein Todesurteil fällen, wegen Raubes belangt und ausnahmslos gehängt; haben sie Geld und Freiheitsstrafen verhängt, so müssen sie wegen des Vergehens gegen die persönliche Freiheit und wegen Verletzung der Ehre, nicht ist natürlicher, als daß die Offiziere jetzt nun unter Anklage wegen Anwerbung unerlaubter Kriegsmacht und wogungsweiser Entziehung, jene Soldaten aber, die auf Befehl an der Widerwehr der Gegenrevolution teilnahmen, wie zum Beispiel jene, die die an der Gegenrevolution beteiligten Monisten beidossen, obgleich sie auch niemand trafen, nun unter Anklage wegen Mordversuchs gestellt werden.

Wer wird sich darüber wundern, daß man arme fünfzehn- und sechszehnjährige Mädchen und Knaben wegen „vaterlandsfeindlichen und unpatriotischen Benehmens“ aus allen Schulen des Reiches ausschließt, daß in jedem Ami ein „Rechtserziehung“-Gorogesen betrieben wird, und wer nicht abwarten will, braucht nicht sonderlich zu tun, als einen Vorleser zu demagogisieren, daß er sich in „Privatgesprächen“ oder auch nur „unter vier Augen“ über die Proletarierherrschaft günstig geäußert habe. Ein „Rechtserziehung“-Gorogesen wird auch in der Schule betrieben, nicht nur gegen die Lehrer, sondern auch gegen die Schüler, in den Theatern gegen die Schauspieler, die in sozialistisch gefärbten Stücken aufgetreten sind, und für dieses Purifikations-Maß ist genügend Material, daß man an den ungarischen Hochschulen wie bei der Erlaubnis von fünf Offizieren der Bruchgewalt instinktiert kann. Man kann sich leicht den Leidensweg des unglücklichen, kernbegierigen Mädchens vorstellen, das aufsteigt, um sich die Erlaubnis der fünf Offiziere zu erwerben.

Daß jeder ungarische Richter jetzt grausam nach Rache lechzt, läßt sich vielleicht noch verstehen. Aber daß, was der ungarische Rechtsamtsstand in der ganzen Justiz-Romandie produziert, ist das allerempörendste und allerabscheulichste. Hier einige Beispiele zur Illustration.

In dem einen schweren „Kriminalprozess“, der mit mehreren Todesurteilen endete, bekamen die Verteidiger erst unmittelbar vor der Verhandlung die Anklageschrift. Zu Beginn der Verhandlung erhob sich der eine Verteidiger und verlangte die Verlesung der Verhandlung unter Berufung darauf, die Verteidiger hätten zum Studium des Anklagematerials noch keine Zeit gehabt. Da fuhr ein anderer Verteidiger von seinem Platz auf und protestierte gegen den Antrag seines Kollegen, der die schwere Beleidigung des ungarischen Rechtsamtsstandes sei, da er der Annahme Raum gebe, man könnte für kommunistische Verbrechen eine Entschuldigung finden. Vollkommen verständlich ist es unter solchen Umständen, daß sich der Verteidiger des einen wegen Raubes belangt und später auch zum Tode verurteilten Angeklagten unmittelbar vor seiner Verteidigung an den Staatsanwalt wandte und diesen fragte, wen er eigentlich verteidige.

Die Angeklagten werden ihrer Redefreiheit unter dem Vorwand beraubt, daß „in den Mäumen eines ungarischen Gerichtes kommunistische Reden nicht gehalten werden können“. Daß während der Verhandlungen auf der Galerie Mitglieder der Vereinigung „Gemeinschaften Kergan“ erschienen und jene, die zugunsten der Angeklagten ausfallen wollten, terrorisieren, ist wohl ein selbsterhellendes Merkmal des gegenwärtigen ungarischen Rechtslebens.

Prellisch ist auch die Frage eines Richters (wenn sich ein solcher findet), nicht zu beneiden, der sich der herrschenden Stimmung zu weichen mag. Vor jedem Richter lagend als furchtbarer Warnung der blutige Welt des Untersuchungsrichters Ludwig Kovacs, der die Untersuchung in der Winterung des Grafen Stefan Tissa leitete und nicht genügt war, die den Ministerpräsidenten Friedrich belahenden Aufgaben verschwinden zu lassen. Dieser arme Ludwig Kovacs, Vater von fünf kleinen Kindern, arbeitete eines Nachmittags allein im Gerichtsgebäude und beging in neuerer Gesichtszeit „Selbstmord“, er sprang vom dritten Stock, das heißt, er wurde mit gerammten Wunden am Kopf des Gerichtsgebäudes aufgefunden. Er hinterließ „ausgeliebt“ auch zwei Kinder, doch wurden diese niemals publiziert und es sah sie auch niemand.

Inzwischen sind die gegenwärtigen Verfahren der Nationalversammlung bestrebt, einander den Stempel des Volkswidrigs aufzudrücken, und dies gelingt meistens auf allen Seiten. Der gemeinsame Ministerpräsident Grafen Friedrich bezieht, als er abgelehnt verurteilt wurde, in einem Brief seiner Empörung über diese Behandlung Ausdruck, da er schon seit langer Zeit ein überzeugter Kommunist sei. Der Kultusminister Stefan Halber leitete dem National-Rat zweimal den Treueid, was er jetzt mit der neuen Behauptung abschwören verfuhr, „er habe bloß die Lippen bewegt, aber die Absicht nicht gesprochen“. Von dem gemeinsamen Verlegungsdirektor Karl Wech, der einer der extremsten Führer der wirklich-nationalen Partei ist, wurde erst vor einigen Tagen eine Eingabe dem Reichstag, die er an einen Volkskommissar gerichtet und in der er der Proletarierregierung in größter Unterwürdigkeit seine Dienste angeboten hatte. Gegen Ministerpräsidenten Karl Fugler wurde in der eigenen Partei die Beschuldigung des Volkswidrigs erhoben, und man verspricht ihm sogar, zur Illustrierung der großen Wichtigkeit, einige Obsequen.

In dem großen ungarischen Kerker leiden, können, werden die Verleurer der geistlichen Sache des Proletariats. Vor der Kerkerthür sollen die Fesseln nicht überhandeln. Jeder der Denkerrechte behauptet von dem anderen, er gelde nicht vor die Tür, sondern hinter die Tür und jeder hat recht! Diese Dialektik ist das höchste Zeichen dafür, daß die Türen des

großen ungarischen Kerker aufzulegen, die Aufrechten und Redlichen herauskommen, die Hineingehörten, die wahren Räuber, Mörder und Desaubanten, die über die Reichen anderer Volkswirtschaften, Hineingelangen werden, die gegenwärtigen Herren des weißen Ungarn!

(Deutsch von Stefan J. Klein.)

## Gewerkschaftliches.

### In alle oppositionellen Buchdrucker.

Im „Bocwärts“ und in der „Berliner Volkszeitung“ haben die im Schloßpau der S. R. D. befindlichen Kollegen ihrer Redaktionsherr zu werden. Wir können ihren Schmerz begreifen. Das doch der bisher so gut funktionierende Regierapparat verengt. Deshalb versucht man nun, durch Weiterüber die Ruhe und Gleichgültigkeit der Kollegen die selben aufzuerheben anzuspornen. Das man uns, die wir für eine größere Gemeinschaftsarbeit einstehen, wieder als „Berlinerer“ hinstellt, ist ja mangels neuer Ideen begreiflich, zieht aber bei dem größten Teil der Kollegen nicht mehr. Die Kollegenchaft hat längst erkannt, daß bei Verjährung unserer Verbandsgebäude die oppositionellen Kollegen sich die gemeinsame Front gegen das Unternehmertum gemacht haben. Noch begreiflicher wird der Schmerz unserer unentwegten rechtstreuen Kollegen, wenn man bedenkt, daß es ihnen nicht einmal gelungen ist, die nötigen Mandatanten zur Stichwahl zu erhalten, so daß sie sich nach einem Kollegen der Opposition (Wolff Preussisch) hängen müssen, um dadurch die zur Stichwahl nötigen Mandatanten vorzudrücken zu können. Resigniert geht man daher zu der Meinung einer Partei, die durch ihre arbeitserhebliche Politik bewiesen hat (gute) bei Bekämpfung der Generalkonflikte und beim 1. Mai, daß sie nicht das Beste der Arbeiterschaft will. Das ein betragendes bürgerliches Blatt keine Spalten nicht um die Eingliederung der Arbeiterschaft zu wahren bezweckt, darüber sollte sich jeder Kollege klar sein. Wir glauben zu diesem Klagenstand zu wissen und rufen den Kollegen erneut zu: Erst prüft und dann wählt!

Der Aktionsausschuß der oppositionellen Buchdrucker,  
J. A. R. Schmidt

### Die Früchte des Betriebsrätegesetzes.

Wom ist das unter Mitwirkung der Rechtsjuristen im Hände gelammene Betriebsrätegesetz in Kraft getreten, da bekommt die Arbeiterschaft schon die bitteren Früchte dieses edlen Gesetzes zu kosten. Wir haben schon mehrere Male darüber berichtet, unter Berufung auf dieses Gesetz die Betriebsräte auf Straßenspieler zu setzen. Jetzt geht ein neuer Fall, der sich in der S. R. D. Glühlampenfabrik guttun, was das Unternehmertum mit den Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft umspringen mag.

In einer Mitteilung dieser Firma war es zwischen einem Arbeiterin und ihren Kolleginnen zu Differenzen gekommen, weil erstere denartige Beschwerden bei ihrer Arbeit vollbracht, daß sie von allen übrigen Kolleginnen als „geächtete“ Lohnbetrückerin angesehen wurde. So hoch die Quantität war, so schlecht war die Qualität. Wie gewöhnlich, wird natürlich bei solchen Paradespielen immer ein Auge zugedrückt. Die nach solchen Bestrafungen noch unter zureichenden Affekte müßte erfordern, aber leiblicher ausgeübt werden. Als Arbeiterinnen der Fabrik waren sich darüber einig, mit dieser Kollegin nicht mehr weiterarbeiten zu können. Man wollte einmütig die Arbeit niederlegen. In dieser Situation griff der Betriebsrat ein, wie es ja das Betriebsrätegesetz vorsieht, um den Betrieb „vor Erschütterungen zu beschützen“ und auch das „gute Zusammenhalten unter der Arbeiterschaft“ wieder herzustellen. Die durchaus ruhigen und sachlichen Worte, welche der Betriebsrat und zwar in der Hauptsache nur in informatorischen Zwecken gegenüber der betroffenen Arbeiterin ausgeteilt wurden, wurden von dieser hinterher demotiviert, daß die Direktion glaube, dem Betriebsrat und drei anderen Mitgliedern des Betriebsrats, die durch Verhandlungen, Besprechungen usw. irgendwie in Zusammenhang mit dieser Angelegenheit standen, einen Streik befehlen zu können. Sie wurden kurzerhand aufs Straßenspieler gesetzt. Aber nicht genug damit. Eine Vertrauensperson wurde vom Direktor ziemlich unehrenhaft ihre Entlassung in Aussicht gestellt, weil sie zur Betriebsratsversammlung eingeladen hatte, deren Besuch während der Arbeitszeit durch von nachhaus kompetenter Stelle genehmigt, im letzten Moment jedoch plötzlich verboten wurde. Dasselbe Schicksal sollte auch den anderen Vertrauenspersonen blühen.

Eine Betriebsratsversammlung hat zu dieser Angelegenheit bereits Stellung genommen und die Kundgebung der Gewerkschaften gebietet, falls sie weitere Maßnahmen ergreifen werden.

In der Versammlung wurde auch bekanntgegeben, daß auch im Odeum-Berlin an der Reichshaus beide schon ein Betriebsratsmitglied freistellend entlassen worden sei, wobei der objektive Tatbestand ebenfalls nicht ausreichte, um die Entlassung zu rechtfertigen. In der Glühlampenfabrik „Hoyer“, auch ein den Odeum-Berlin sehr nachstehendes Unternehmen — ist der Odeum-Berlin der Betriebsrat aus ähnlichen nichtigen Gründen aufs Straßenspieler gesetzt. Es liegt also System in diesen Klassenkämpfen, welche aus überzeugter Führer der Arbeiterschaft. Man wird die berufenen und auf Grund des famosen Betriebsrätegesetzes gewählten Führer aus den Betrieben heraus, um dann desto ungehöriger die Arbeiterschaft zu belächeln und insulieren zu können. Das Begehren bei dieser Methode ist, daß die schon an sich streupollose Unternehmensleitung durch die Paragrafen des Betriebsrätegesetzes genötigt dazu aufnimmt wird.

Wird nicht auch der letzte Arbeiter den wahren Sinn des Demonstration am 15. Januar erkannt haben.

### Tarif- und Wortbruch der Firma A. Wertheim.

Angewandt nur, um eine getrennte Berechnung herbeizuführen, wurden im Dezember 1918 die Handarbeiter des Hauses A. Wertheim zu einer Handwerkerbetriebsgesellschaft vereinigt. Die Firma A. Wertheim hatte damals schriftlich und mündlich das Versprechen abgegeben, daß damit Nachteile irgendwelcher Art nicht verbunden sein sollten und der Tarif für den Einzelhandel ebenfalls in Anwendung gelangen sollte. Ein den Handwerkern vorgelegter Revers, der das Einverständnis zum Eintritt in die Handwerkerbetriebsgesellschaft forderte, enthielt auch das Versprechen der Firma, den Tarif für den Einzelhandel anzuerkennen. Der Revers sollte bis 31. März Gültigkeit haben, auf ausdrückliches Befragen erklärte der Vertreter der Firma aber immer wieder, daß für das von A. Wertheim übernommene Personal der Tarif und die beschriebenen Vorteile darüber hinaus Geltung haben sollten. Am 1. April hielt sich die Handwerkerbetriebsgesellschaft aber nicht mehr an dies Versprechen. Zunächst wurden die Osterfeiertage nicht mehr bezahlt, dann wurden die Krankentage in Abzug gebracht, ebenso unerschuldetes Fernbleiben von der Arbeit durch Lohnabzüge bestraft.

Der Arbeitgeberverband für den Einzelhandel hat zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und erklärt, daß der Tarif auch für die Handwerkerbetriebsgesellschaft — wenigstens für die von A. Wertheim übernommenen Handwerker — maßgebend sei. Die Firma kam dem trotzdem nicht nach.

Eine Betriebsratsversammlung besaßte sich kürzlich mit dieser Angelegenheit. Die Firmenvertreter, die zuerst ihr Erscheinen zugesagt hatten, waren im letzten Augenblick „verhindert“. Die



